

# Wolfsstimme

## zugleich Volksstimme für Bieleß

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bieleß, Republikanska Nr. 4.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien 10 mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 6. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschüttel, Kropprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

# Mussolinis Protest an den Papst

### Der Duce entschuldigt die Ausschreitungen und verspricht Bestrafung der Schuldigen — Protest gegen die katholische Aktion — Der Lateranvertrag gebrochen — Der Vatikan von der Note nicht befriedigt — Vor dem Bruch zwischen Papst und Mussolini?

Rom. Die italienische Regierung hat Dienstag durch ihren Botschafter beim Heiligen Stuhl, Grafen de Vecchi, dem Kardinalstaatssekretär Pacelli die Antwort auf die päpstliche Note überreichen lassen, in der, soweit bekannt, Genugtuung für die Ausschreitungen gegen die katholische Aktion und die Beleidigungen des Papstes und Bestrafung für die Schuldigen verlangt worden war. Die italienische Note enthält, wie an unterrichteter Stelle verlautet, eine genaue Erklärung über die Ausschreitungen, jedoch keine formelle Entschuldigung. Im übrigen protestiert die italienische Regierung ihrerseits gegen die Verletzung des Lateranvertrages und des Konkordats seitens des Vatikans bezug von ihm abhängiger Institutionen. Die italienische Note soll jedoch im allgemeinen in sehr vorzüglichem Ton gehalten sein.

Wie in vatikanischen Kreisen verlautet, hat der Papst die Note einer sofortigen Prüfung unterzogen, sich dann aber in einer Art über ihren Inhalt geäußert, die es jedenfalls bezweifeln läßt, daß sie ihn befriedigt habe. Es besteht die Möglichkeit, daß der „Observatore Romano“ am Mittwoch wieder eine Rede des Papstes veröffentlicht.



Auch Staatssekretär Mellon kommt nach Europa

Andrew Mellon, gleichzeitig mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson unternimmt auch der Leiter des Schatzamtes der Vereinigten Staaten, Mellon, eine längere Urlaubreise nach Europa. Er wird während seines Aufenthaltes in Europa sicherlich Gelegenheit haben, sich von der katastrophalen Lage der deutschen Wirtschaft zu überzeugen.

## Stillelegung der Warschauer Verkehrsmittel

Warschau. Durch einen Streik der Straßenbahner und Autobusführer sind Dienstag sämtliche städtischen Verkehrsmittel in Warschau stillgelegt. Die Streikenden verlangen Zurrücknahme einer neuen Dienstordnung, die ihrer Meinung nach zu hohe Anforderungen verlangt.

## Habsburgrestaurierung in Ungarn?

Das ungarische Parlament ist plötzlich aufgelöst worden, und zwischen dem 28. Juni und 2. Juli sollen Neuwahlen durchgeführt werden. Das alte Parlament sollte normalerweise seine Legislative erst Anfang des nächsten Jahres beenden müssen, und in diesem Parlament verfügte Graf Bethlen über eine absolute Mehrheit, dienstfertig, zu allem ja sagend und trotzdem griff man zur Auflösung, um „neues“ Blut unter den Horthy und Gömbös' pulsieren zu lassen, Arbeit für die Gendarmen Scitowstis zu schaffen, der als Innenminister zugleich der Hentzer des heutigen diktatorischen Regimes in Ungarn ist. Trotz aller Geheimtuerie wußte man, daß Neuwahlen geplant werden und die plötzliche Auflösung der „Volksvertretung“ ist nichts anderes als ein überraschender Plan gegen die Opposition, daß sie keine Wahlarbeit leisten kann, denn in Ungarn Bethlens besteht nicht nur kein Geheimwahlrecht, sondern es ist auch verboten, irgend ein Wahlplakat auszuhängen oder zu verbreiten, wenn „Neuwahlen“ ausgeschrieben sind. Darum bedeutet diese plötzliche Auflösung des Horthyparlaments nichts anderes, als die Unterbindung jeder Wahlpropaganda für die Opposition, die sich ja ohnehin nur auf die Städte, wie Budapest und einige sieben Provinzorte, beschränken muß, wo man noch gnädigst geheime Wahlen zugelassen hat. Rechtzeitig hat man 15 000 Reservisten unter die Waffen berufen, die Gendarmerie mobilisiert, um eine „Treibjagd“ zu machen, wie die öffentlichen Wahlen in Ungarn genannt werden. Das mit vollem Recht, denn im letzten Parlament hat die Opposition, von 245 Mandaten, nur 46 auf sich vereinigen können, 199, davon 82 Prozent, sind faktisch Ernennungen von Bethlens Gnaden, denn man treibt die Kleinbürger und Landarbeiter zu den Wahlen die öffentlich abstimmen müssen. Wehe dem, der seine Stimme für die Opposition abzugeben wagt! Nicht nur die Arbeitsstelle geht ihm verloren, sondern, falls er kleiner Landwirt ist, folgt dann die „Behörde“ schon dafür, daß ihm die Steuerschraube so angelegt wird, daß er bald, auf Grund der oppositionellen Stimmabgabe, als Bettler das Dorf verlassen muß, ohne Hab und Gut!

Bethlen macht Wahlen, an sich völlig gleichgültig, denn das nächste Parlament wird ebenso ein geübiges Werkzeug des heutigen Diktators sein, der einen Scheinparlamentarismus pflegt, um Europa gegenüber eine Demokratie vorzudemonstrieren, aber nach dem Inneren um so schärfer mit der Opposition abzurechnen. Aber all dieser Schein vermag die Täuschung nicht durchzusehen, daß Ungarn sich dem Verfall nähert, nicht allein durch die ungünstigen Friedensverträge, die das Land verstümmelt haben, sondern in erster Linie durch die verfehlte Wirtschaftspolitik, die den Staatsfiskus immer magerer werden läßt und dem Großgrundbesitz Subventionen spendet, um den Kleinbürger und den Landwirt um so mehr auszupressen. Die Agrarkrise macht sich in aller Form bemerkbar und schafft auf dem Lande ein revolutionäres Element, welches die Befreiung des heutigen Regimes fordert. Mehr als in den Städten und unbedeutenden Industriezentren, gärt es unter dem sogenannten Lumpenproletariat, aber es sind Kleinbauern, die den Beitrag nicht mehr ertragen können. Um sich vor dem Sturm zu retten, der auf Grund dieser ungeheuren Not kommen muß, macht man Wahlen, „Treibjagd“, wie man sie in Wirklichkeit bezeichnen muß. Wehlich, wie auf dem Lande, sieht es auch in den Städten aus, aber hier hat das Proletariat während der Septemberdemonstration in Budapest 1930 gezeigt, daß es noch immer fähig ist, den Kampf zu führen. Bethlen will alle Ueberraschungen ersparen, schreibt mit Pflöcklichkeit „Neuwahlen“ aus, um die Opposition auszumergen, wie es im Horthyjargon heißt. Kein Zweifel soll darüber entstehen, daß dieser Trick gelingen wird, solange man öffentliche Wahlen durchführt und die Stimmberechtigten zu Treibjagd führt. Diese Wahlen sind nichts anderes, als eine Vergewaltigung des Volkes, ein künstliches Parlament, welches mit der Volksstimmung nichts zu tun hat.

Die öffentlichen Wahlen sind für das Bethlensystem eine Machtfrage, denn bei geheimer Wahl wird das Schicksal der Horthydiktatur entschieden sein; das System Bethlens müßte fallen und einem Parlament Platz machen, welches der

# Briand gegen den Stahlhelmaufmarsch

### Die deutsch-französischen Beziehungen — Deutschland soll eine friedliebende Nation werden — Keine Aenderung des Youngplanes für Frankreich

Paris. Im Verlauf der Kammer Sitzung bittet der Ministerpräsident, auch die Aussprache in bezug auf die Stahlhelmlandung in Breslau zu verschieben. Hierzu erklärte Briand u. a., daß die Kammer bei der allgemeinen Aussprache Gelegenheit haben werde, sich ein Bild über den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu machen. In Breslau in der Nähe der polnischen Grenze habe eine Kundgebung stattgefunden, die von einem Verbandsausgegangen sei, der sich nicht besonders pazifistisch zu geben pflege. Diesmal hätten zwei königliche Prinzen und mehrere Generale dem Treffen beigewohnt.

Charakter. Von einer etwaigen Absicht, den Youngplan zu revidieren, habe ich keine Kenntnis erhalten. Wenn dies jedoch der Fall gewesen wäre, hätte ich nichts ohne das Parlament unternommen. Die Vertagung der Abstimmung über die Interpellation Vorin bezüglich der Breslauer Stahlhelmlandung wird durch Handaufheben angenommen. Die Kammer hat sich vertagt.

## Straßenkampf in Barcelona

Madrid. In Barcelona kam es am Dienstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Syndikalisten und Sozialisten. Die Syndikalisten versuchten die Belegschaft einer Drahtfabrik in den Streik zu hegen. Die Sozialisten weigerten sich aber, der Streikparole zu folgen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen griffen die Syndikalisten zu den Revolvern und schossen auf ihre Gegner, die das Feuer erwiderten. Schließlich waren einige hundert Arbeiter in den Kampf verwickelt, der erst durch das Einschreiten von Polizei beendet werden konnte. Bisher sind 11 Schwerverwundete zu verzeichnen. Als die Menge erfuhr, daß in der Fabrik ein Führer der Syndikalisten schwer verwundet liege, wollte sie die Fabrik stürmen und den Verwundeten lynchen. Verärgerte Polizei ging mehrmals gegen die Menge vor.

## Ausschreitungen in Oslo

Kopenhagen. Wie aus Oslo gemeldet wird, kam es dort zwischen Kommunisten und Arbeitslosen, die sich zu der bestreikten Fabrik Norsk Hydro begeben wollten, zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei, die die Arbeitswilligen schützen wollte, wurde mit Steinen beworfen. Im ganzen wurden 14 Polizisten schwer verletzt. Die Fabrikanlagen stehen unter militärischem Schutz. Im ganzen nahmen etwa 1000 Kommunisten an dem Ueberfall teil, während die Polizei nur aus 50 Mann bestand. In Skien übten die Kommunisten eine wahre Schreckensherrschaft aus. Die Hotels sind geschlossen und die Chauffeurs weigern sich, Polizisten zu befördern.

Es sei dies fraglos ein ebenso tadelnswertes, wie beklagenswertes Ereignis.

In den Breslauer Reden sei kein Appell an den Krieg laut geworden, doch hätten lebhaft Angriffe gegen die Reichsregierung stattgefunden, die man für zu schwach hielt, um eine Aenderung der Ofgrenzen zu erreichen. Es sei zu viel, daß eine derartige Kundgebung in der Nähe der polnischen Grenze nach der Verständigung von Genf stattgefunden habe. Das hätte vermieden werden müssen. Die französische Regierung habe sich keineswegs desinteressiert erklärt, sondern vielmehr der Reichsregierung ihren Standpunkt dargelegt, der, wie er glaube, von der deutschen Regierung geteilt werde. „Wir werden bestrebt sein, aus dem deutschen Volke, wenn auch keine befreundete, so doch eine friedliebende Nation zu machen. Die deutschen Staatsmänner haben mir böse Stunden bereitet, doch lasse ich mich dadurch nicht entmutigen. Die Reichsregierung ist möglicherweise geschwächt. Ich möchte jedenfalls nicht, daß das Kabinett Brüning durch Nationalisten eretzt wird“. Jedenfalls wird die französische Regierung niemals veräumen, bei ähnlichen Zwischenfällen zu intervenieren.

Nach dieser Erklärung geht Briand ganz unerwartet auf das Reparationsproblem und Chequers über. Der Minister führte u. a. aus: „In bezug auf die Reparationen kann Deutschland seine eigene Auffassung vertreten, das ist sein Recht. Wir aber haben die unsrige und man wird die feierlichen Verträge nicht in Frage stellen können, ohne daß wir unsere Zustimmung dazu erteilen. Der Youngplan kann nicht abgeändert werden, denn er hat einen endgültigen

# Albert Thomas über die Sozialpolitik

Genf. In der Volksversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz gab Albert Thomas ein Bild über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation im vergangenen Jahre und den derzeitigen

## Stand der internationalen Sozialpolitik.

Er befaßte sich mit den Anregungen und Ergebnissen der Konferenz über die Weltarbeitslosigkeit, die wahrhaft fruchtbare Auswirkungen dann zeitigen könnten, wenn eine Reihe von Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Natur international zusammenwirkten. Hier erwachen dem Völkerbunde neue Aufgaben, wie sie ja schon in den Arbeiten des Europa-Ausschusses aufgetreten waren. Die bekannten Vorschläge des internationalen Arbeitsamtes

zur Behebung der Arbeitslosigkeit könnten im wesentlichen nur Palliativmittel sein.

Thomas bestreitet die Richtigkeit der Theorie, daß die Löhne dem Preisniveau anzupassen seien, ebenso wie die der von der amerikanischen Politik befolgten Aufhebung der Löhne.

Er richtete nochmals an die Regierungen der einzelnen Länder die Bitte,

ihre Bemühungen zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens fortzusetzen.

Ausführlich beschäftigte sich Thomas mit den Angriffen der englischen Arbeitgeber gegen seine Amtsführer. Der Zwischenfall, der dazu geführt habe, sei maßlos übertrieben worden, habe er ja doch auch bei früheren Gelegenheiten Gebrauch von seinem Recht der Kritik gemacht, z. B. gegenüber Frankreich ohne deshalb angefeindet worden zu sein. Er lehne zur Entscheidung des Verwaltungsrates in dieser Angelegenheit mit Ruhe entgegen. Es habe ihm ferngelegen, die englische Regierung anzugreifen. Abschließend bemerkte er, er mache sich den eigentlichen Sinn der Debatten zu eigen,

die eine Kritik am gegenwärtigen Wirtschaftssystem dar-

gestellt hätten.

Auch er sei der Meinung, daß man an einem geschichtlichen Wendepunkt stehe. Nur internationale Zusammenarbeit könne aus der Krise herausführen.

wahren Volksstimmung entspricht. Die geheime Abstimmung wäre einer Revolution in Ungarn gleich und diese muß verhindert, die Volksstimmung muß forrgiert werden. An Terror, Fälschungen, wird es nicht fehlen, und darin war Ungarn schon immer groß gewesen. Aber alle diese Mittel nützen nichts, denn kein Parlament aus dieser „Treibjagd“ hervorgegangen, vermag ernstlich etwas an Ungarns Elendszustand zu ändern, es eilt, trotz allen Revisionsgeschreis, dem Abgrund zu, denn auch der Großgrundbesitz kommt, trotz aller Korruptionen, im Zeichen der osteuropäischen Agrarkrise nicht mehr auf seine Rechnung, der Notenumlauf wird immer größer, die Staatskasse von Tag zu Tag immer leerer, das ist der einzige Erfolg des Systems, Gömbös und Bethlen die die Diktatur führen. Wenn heute noch einige Schichten der Kleinbauern diesem System Treue halten, so nur deshalb, weil das Diktaturregime Bela Kuhns noch immer in Erinnerung ist, man will nicht ein schlechtes Regime durch ein noch schlechteres ersetzt sehen und aus dieser Diktatur des Proletariats saugen noch Bethlens und seine Schergen jenen Saft, mit dem sich das heutige System mäht. Nur in geheimer Wahl würden die breiten Schichten der Landbevölkerung zeigen, daß sie einen anderen Kurs wünschen.

Die ungarische Sozialdemokratie hat gerade in der letzten Wochen eifrig darüber diskutiert, ob es einen Wert hat, unter diesem Diktaturregime an den Parlamentswahlen teilzunehmen und dadurch das Schandsystem von Europa zu decken, den Eindruck zu erwecken, als ob es in Ungarn ein Parlament gäbe. Weite Kreise innerhalb der Partei waren für Wahlenthaltung, damit Bethlen vor der Demokratie bloßgestellt wird. Schließlich hat der Parteiausschuß entschieden, sich an den Wahlen zu beteiligen, weil die sogenannten demokratischen bürgerlichen Parteien sich dem Vorschlag der Sozialdemokratie nicht anschließen wollten und wenn schon die bürgerliche Opposition die Parlamentstribüne für sich zur Anklage gegen das System benützt, so wollen die Sozialdemokraten auf diese gleichfalls nicht verzichten. Die ungarischen Genossen gehen diesmal selbständig in den Wahlkampf und geben sich keinerlei Täuschungen hin, daß es eben gemachte Wahlen sind, aber in den sieben Provinzstädten und Budapest soll die Kraft des sozialistischen Gedankens erprobt werden, wo noch die geheimen Wahlen, trotz aller Fälschungen, bestehen. Noch ein weiteres Moment mag diese „Neuwahlen“ beleuchten. Gerade mitten in der Feldarbeit, wo das Landproletariat außerhalb der Wohnorte auf Arbeit gegangen ist, werden Neuwahlen ausgeschrieben, zu keinem anderen Zweck, als eben diese oppositionellen Stimmen einfach auszuschalten. Hierdurch soll besonders das ungarische Proletariat ausgeschaltet werden, welches im freigewerkschaftlichen Landarbeiter-Verband organisiert ist.

Aber, so darf man fragen, was ist die Ursache dieser Wahlen? Kein Geheimnis, daß schon lange Fäden gesponnen werden, die von Budapest über Wien nach Rom und Paris laufen. Der alte Graf Appony, den man gerade in den letzten Wochen so geehrt hat, ist den Großgrundbesitzern zu wenig legitimistisch, man will Habsburg auf Umwegen restaurieren. Ein solches Parlament muß geschaffen werden, welches eventuell bereit ist, auch den Habsburgern Treue zu leisten, Carol hat ja den Coup gewagt, warum sollte er, trotz der tschechoslowakischen Intrigue, nicht gelingen. Man hat auch Appony bereits kaltgestellt, sich einen Grafen Esterhazy zum Führer auserkoren, der nun in Paris und Rom vermittelt, um die Habsburger wieder auf den Thron zu bringen. Die österreichisch-deutsche Zollunion soll dazu beitragen, Italien und Frankreich auszuföhnen, dadurch eine Vereinigung zwischen Budapest und Wien vorzubereiten und von Budapest auch Wien zu regieren, unter den Einflüssen von Habsburg. Das ist mit ein weiterer Versuch, den die Neuwahlen bringen. Oesterreich mit Ungarn vereinigt, das war schon längst das Ziel des streitbaren Prälaten, dem der ganze demokratische Kurs in Europa nicht gefällt. Mussolinis Rom soll den Segen für Ungarn geben, und Paris soll sich damit abfinden, so kann es die Zollunion am besten zunichte machen. Gewiß sein gesponnene Pläne, die zwar im Augenblick noch weit im Hintergrund liegen, aber die Neuwahlen hellen auch diese Triebe auf, denn Paris ist mächtig genug, um in Prag den Druck auszuüben, Budapest den Habsburgern zu gönnen, die Tschechoslowakei ist dann frei vom deutschen Druck, wenn Wien von Budapest regiert wird.

Ob diese Pläne gelingen werden, darf bezweifelt werden, aber der ungarische Faschismus geht klar zum Ziel. Was nicht durch das Revisionsgeschrei erlangt wurde, das soll durch Vernichtung der Zollunion versucht werden, das nächste „Parlament“ soll den Boden dazu vorbereiten, Bethlen will zeigen, daß die Stimmung für sein System da ist, darum die „Treibjagd“, die man in Ungarn Neuwahlen nennt. Bethlen wird diese Stimmung, die er braucht, erreichen, daß die Habsburger auf den Thron kommen, ist vergebliche Mühe. Aber es wittert in Ungarn, die Bauern sind durch die andauernde Agrarkrise in revolutionärer Stimmung und diese Stimmung wird, trotz der Treibjagd, früher oder später, städtisches und ländliches Proletariat, diesem System ein Ende machen. Spanien ist Beispiel, daß auch Diktaturen ihr Ende finden, sich im eigenen morphen und korrupten System zu Tode regieren. Bethlen, samt Horthy, stehen vor dieser Tatsache, daran ändern auch die überraschenden Neuwahlen nichts!

## Gerüchte über ein Transformatorium

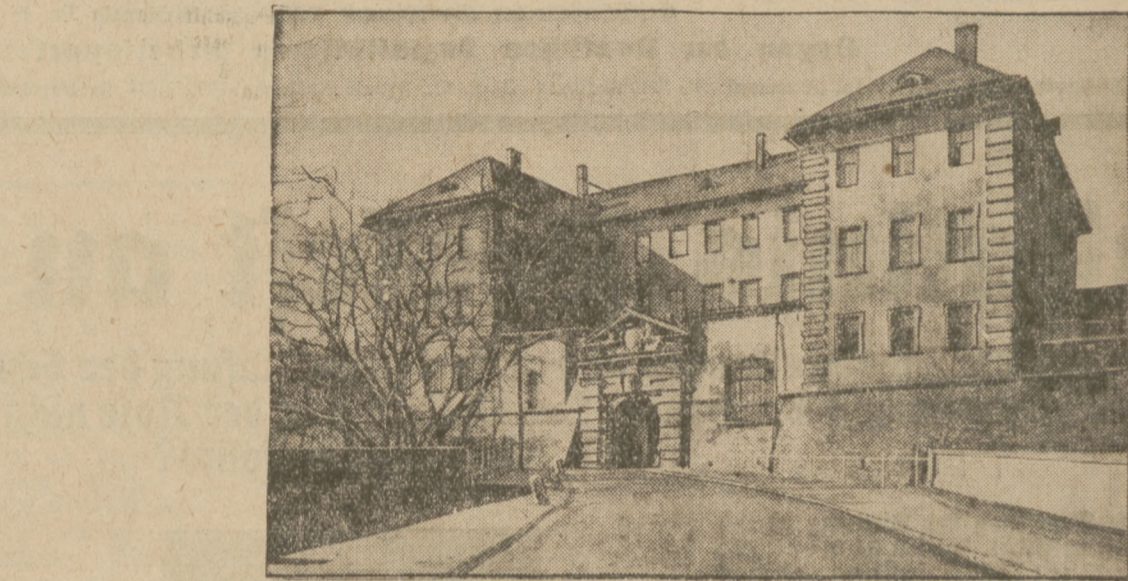
Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transformatoriums treffen würde, wird von zuständiger Stelle festgestellt, daß diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren.

Die Reichsregierung hat keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie wird sich auch durch derartige Fehlmeldungen nicht zu voreiligen Handlungen drängen lassen.

Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß Informationen solcher Art geeignet sind, die Reichsregierung in ihrer Handlungsfreiheit zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.

## Eine kommunistische Geheimorganisation in Ostland

Reval. Die politische Polizei hat in der vergangenen Nacht das Komitee der illegalen kommunistischen Partei Ostlands überrascht und 17 Personen, darunter mehrere aus Ostland stammende Agenten der Komintern verhaftet. Es wurden zwei Druckereien, die Korrespondenz der Partei und die Chiffrierkästchen beschlagnahmt. Das Geheimbüro befand sich in einem unter der Erde angelegten beheizten Räume, in einem Vorort von Reval. Die Durchsuchungen werden fortgesetzt.



## Ein neues Heim der Nationen auf der alten Zitadelle in Mainz

Das Institut für Völkergedagogik auf der Mainzer Zitadelle.

das nach seiner Fertigstellung die Verkörperung eines großzügigen Gedankens darstellen wird. Pädagogen aller Länder werden dort zusammentreffen und wohnen, um die Methoden und Hilfsmittel für Erziehung und Unterricht der verschiedensten Völker zu studieren. Dem Institut ist das „Deutsche Pädagogische Museum“ angegliedert, das in etwa 30 Sälen eine lückenlose Gesamtübersicht über das Schulwesen Deutschlands bieten wird.

# Neuorientierung in Amerika?

Amerika und die Weltdepression - Kursänderung in der Außenpolitik

Washington. In Bestätigung der bereits gemeldeten verschiedenen Anzeichen der letzten Tage, daß sich eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik bezüglich der internationalen Schuldenfrage und der Liquidierung des Weltkrieges vorbereiten scheint, meldeten heute die außenpolitischen Korrespondenten Dullhan von der „New York Times“ und Pearson von der „Baltimore Sun“, daß hier der Entwurf eines Planes ausgearbeitet werde, durch den die Weltdepression gemildert werden könnte, und zwar offenbar mittels gleichzeitiger Herabsetzung von Rüstungen, Reparationen und alliierter Kriegsschulden. Pearson glaubt, daß eine amtliche Bekräftigung vorläufig nicht zu erwarten sei, da Präsident Hoover noch keine festen Entschlüsse gefaßt habe, sondern die Ergebnisse von Stimons Europareise und die dadurch erhoffte Einwirkung auf den Kongreß und die öffentliche Meinung abwarten wolle. Hoover hoffe, daß die deutsche Regierung bis dahin keinen formellen Schritt tun werde, der, solange nicht die Vereinigten Staaten auf die oben erwähnte Umstellung und Verknüpfung der drei Punkte hinreichend vorbereitet seien, die hier im Bildungsprozeß begriffene internationale Siffaktion erheblich erschweren, wenn nicht stören würde.

## Wieder ein Deutschtumsprozeß

Berufungsverhandlung gegen Graebe in Posen.

Warschau. Am Mittwoch, den 10. Juni, begann die Berufungsverhandlung beim Appellationsgericht in Posen in dem Prozeß gegen den deutschen Abgeordneten aus Bromberg, Kurt Graebe. Es handelt sich jedoch im Grunde genommen um einen Prozeß gegen den Deutschtumsbund, in dem der Geschäftsführung aus den Jahren 1920-1922 zum Vorwurf gemacht wird, daß sie

- die amulierten Anstiedler dahin beraten hätte, das ihnen gehörige Inventar allmählich abzustoßen, damit sie bei der Emission nicht mit demselben auf der Straße säßen;
- die Optanten dahin beraten hätte, bei dem Starosten den Versuch zu machen, ob sie nicht eine erfolgte Option rückgängig machen wollten bezw. bei der Aufhebung die Erklärung abgeben, daß sie sich ihre Option vorbehalten;
- Anfragen bei den Lehrern nach der Zahl der Kinder gestellt hätten. Durch eine geheime (!) Verfügung wäre den Lehrern verboten worden, Anfragen dieser Art zu beantworten;
- schulpflichtige Kinder von einer Gemeinde in eine andere gegeben hätte, um die Zahl der Schulkinder in den Staatsschulen auf der Zahl 40 zu erhalten. Hierbei wird das Kollektivrecht der Minderheiten bestritten bezw. nicht beachtet.

Der vorige Prozeß gegen den Abgeordneten Graebe ist am 12. November 1930 unmittelbar vor den polnischen Parlamentswahlen vor der Strafkammer in Bromberg zur Verhandlung gekommen und endete mit einem Urteil, das auf drei Monate Gefängnis lautete.

## Rückkehr der Nationalsozialisten in den Reichstag?

Berlin. Wie der „Rote Adler“, das nationalsozialistische Organ für die Mark Brandenburg, mitteilt, werden die Nationalsozialisten für den Fall des Reichstagszusammentritts sich zunächst wieder an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen.

## Zwei Milliarden Defizit des französischen Budgets

Paris. Die Kammer trat Dienstag Nachmittag in die Beratung der Nachtragskredite für das Rechnungsjahr 1930/31 ein. Aus den Ausführungen des Generalberichterstatters Lamoureux ergibt sich, daß das Rechnungsjahr, obwohl der Budgetvorschlag einen Einnahmeüberschuß von über einer Milliarde vorgesehen hatte, mit einem Fehlbetrag von 2062 Millionen abgeschlossen hat. Niemals, erklärte Lamoureux, sei ein so gewaltiges Defizit zu verzeichnen gewesen. Hieran seien zum Teil unvorhergesehene Ausgaben, zum Teil Verschwendung und falsche Berechnung Schuld. Zum Beispiel hätten die Börsenoperationen nur 175 Millionen ergeben anstatt der vorgesehenen 540 Millionen, und die Umsatzsteuer sei mit 483 Millionen hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben.



## Die Trümmerstätte des Münchener Glaspalastes

Im Vordergrund die Reste eines Kunstwerkes, das bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet ist.

Polnisch-Schlesien

Sorgen der Stadt Makow

Das die Stadtgemeinden heutzutage viel Sorgen haben, dürfte allgemein bekannt sein. Wir leben in einer hunds-

In Galtzien ist eine kleine Stadt, die Makow heißt. Sie hat genau dieselben Sorgen, wie die Stadt Zgierz und viele andere Stadtgemeinden.

Zu der großen Feierlichkeit hat sich auch Witos mit seinem Innenminister Kiernik persönlich nach Makow begeben.

Da kam aber der Umsturz und mit ihm die Sanacja ans Ruder. Den Ortsanatorien paßte die Sache nicht in den Kram und sie haben Schritte eingeleitet, um den Kreis Podhalanski abzuschaffen und der Stadt den Kreistadtstitel zu entziehen.

Wird jemand durch die Stadt zum Ehrenbürger ernannt, so bleibt er eben Ehrenbürger. Das wird protokol-

Der „Volkswille“ vor Gericht

200 Zloty Geldstrafe wegen Veröffentlichung des Maiauf-

Vor dem Kreisgericht in Kattowitz hatte sich gestern der ehemalige verantwortliche Redakteur des „Volkswille“, Gen. Bonzoll, wegen Veröffentlichung des Maiauf-

Berechtigte Aufregung in den Kreisen der Arbeitslosen

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung — Keine Verlängerung der Frist für die gekündigte Arbeitslosenunterstützung — Einschränkung der Staatshilfe — Abschaffung der Unterstützung für die Kurzarbeiter

In aller Stille hat man sich in der polnischen Republik an die Arbeitslosenunterstützung herangemacht. Offiziell wurde nichts bekanntgegeben, nur der Finanzminister Starzynski hat in seiner Rede erklärt, daß an Stelle der heutigen Barunterstützung eine

produktive Arbeitslosenunterstützung zu setzen ist. Inzwischen wurden an die Auszahlungsstellen Weisungen erteilt, die eine weitgehende Einschränkung der bisher gezahlten Arbeits-

Die Anordnung soll erst ab 1. Juli in Kraft treten. Aus einzelnen Gemeinden kommt jedoch die Meldung, daß die Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung bereits ab 1. Juni erfolgt ist.

Das selbe dürfte auch in allen übrigen Gemeinden der Fall sein, denn die Anordnung trifft für die ganze Wojewodschaft, wahr-

Genau so unerwartet kam die Nachricht von der Einschränkung der staatlichen Hilfsaktion an jene Arbeiter, die die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben.

überhaupt nicht gefannt habe, aus diesem Grunde beantrage er nochmals Freisprechung. Das Gericht erkannte auf 200 Zloty Geldstrafe, weil hier doch eine Verächtlichmachung

Ein weiterer Artikel „Normaler Entdeutschungsprozeß“, der sich gegen die seinerzeitige Verteidigung Zaleskis bei den ober-schlesischen Terrorvorfällen wendet, bildete den Gegen-

In den Eienhütten wird weiter entlassen Aus den Gewerkschaftstreifen schreibt man uns: Vor noch nicht langer Zeit hatte Herr Oberarbeitsinspektor Klotz, bei einer Konferenz geäußert, daß in den Eienhütten die Entlassungen nunmehr nicht mehr erfolgen werden.

Die Regierungspresse hat demnach auch in der letzten Zeit sofort ein Lobgesang angefangen und dabei hervorgehoben, daß es nunmehr keine Arbeiterentlassungen geben kann.

die Einschränkung der Hilfsaktion zu. Wir haben anfangs davon keine Notiz genommen, da wir daran nicht glauben wollten.

Wir gehen, daß wir noch heute nicht auf dem laufenden sind, wie weit diese Einschränkung gedacht ist. Eine solche Geheimtuererei kann unter Umständen sehr schlimme Folgen haben.

Das wurde bereits bekanntgegeben. In der gestrigen Ausgabe des „Volkswille“ haben wir aus der „Subertushütte“ eine Meldung gebracht, daß eine ganze Abteilung bereits seit einem Monat feiert.

Wir wissen ganz gut, daß die Finanzen des Staates schlecht sind und von einer Besserung keine Rede sein kann, wenigstens in absehbarer Zeit nicht.

Die Regierung hat noch lange nicht alle Mittel erschöpft, die zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage beitragen könnten.

Die Arbeiter werden zwar nicht entlassen, aber sie müssen feiern. So wird es bei uns gemacht und die Arbeitererschaft dem Hungertode preisgegeben.

Hilfte müssen in das Heer der Arbeitslosen einziehen. Die Subertushütte hat neuerdings nach Prüfung der Verhältnisse im Wert, die Genehmigung vom Herrn Demobilisierungskommissar zur Entlassung von 180 Arbeitern erhalten.

Wir müssen uns wundern, daß es bei uns möglich ist, einen derartigen Meinungsunterschied zwischen Herrn Oberarbeitsinspektor Klotz und Herrn Demobilisierungskommissar zu finden.

Keine weiteren Veränderungen im Wojewodschaftsamte

Im Zusammenhang mit der Ernennung Dr. Saloni zum Vizewojewoden, brachte die Warschauer Presse eine Meldung, daß im Wojewodschaftsamte größere Veränderungen bevorstehen.

Bewilligung weiferer Subventionen

Das schlesische Wojewodschaftsamte hat für die Unterhaltung der Volksküchen innerhalb des Kattowitzer Land-









